

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Ottmar Schreiner MdB fordert, aus Tschernobyl zu lernen: Cattenom darf nicht in Betrieb gehen.

Seite 1

Robert Antretter MdB zum Tokioter Weltwirtschaftstreffen: Ohne europäische Perspektive.

Seite 4

Karl Kießlinger MdB wirft Minister Kiechle vor, die Waldsterben-Statistik manipuliert zu haben: Frisierte Aussagen im Agrarbericht.

Seite 5

Dr. Werner Holtfort MdL zum Celler Anschlag: Dr. Albrecht muß vor den Staatsgerichtshof.

Seite 6

41. Jahrgang / 87

9. Mai 1986

### Aus Tschernobyl lernen

Die Inbetriebnahme von Cattenom käme einer kriminellen Aktion gleich

Von Ottmar Schreiner MdB

Der sofortige Bau- und Betriebsstopp für das französische Kernkraftwerk Cattenom ist zu fordern. Allein die simple Aufzählung der mit Cattenom verbundenen Einzigartigkeiten verdeutlicht bereits den mit diesem Projekt verfolgten Wahnsinn, der im Falle einer Inbetriebnahme im Vier-Ländereck zwischen Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Belgien an der Tagesordnung sein wird:

- Cattenom bedeutet die weltweit größte Konzentration von Atomenergie an einem Ort (= 5.200 Megawatt Leistung in vier Reaktorblöcken).
- Cattenom bedeutet die größte Bevölkerungsdichte im Umkreis von 50 Kilometern um einen Kernkraftwerkskomplex (= 1.533.347 Einwohner in vier Ländern).
- Cattenom bedeutet den weltweit einzigartigen Koordinationszwang für vier verschiedene Staaten und die ihnen angeschlossenen Strahlen-, Katastrophen- und Gesundheitsbehörden.
- Cattenom bedeutet bereits im Normalbetrieb eine um ein vielfaches der gegenwärtig beunruhigend-hohen Strahlenbelastung der Bevölkerung (= 444 Bequerel/Kubikmeter in der Luft im Durchschnitt).
- Cattenom geht nur ans Netz, weil deutsche Energieversorgungsunternehmen Abnahmegarantien gegeben haben und die Bayer AG sich finanziell beteiligen will.

Angesichts der tragischen Ereignisse im sowjetischen Kernkraftwerkskomplex Tschernobyl und der bereits nach wenigen Tagen

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vervielfältigt unter  
Verwendung des  
Kernkraft-Papier



in der 1.500 bis 2.000 Kilometer entfernten Bundesrepublik beunruhigend-hohen Strahlen-Auswirkungen käme die spätere Inbetriebnahme von Cattenom einer kriminellen Aktion gleich. Die Verunsicherung der Bevölkerung durch die gemessenen Strahlenwerte, die Hilflosigkeit der Experten bei jedweder konkreten Aussage über die davon ausgehenden Gesundheitsbeeinträchtigungen und -risiken für Mensch und Tier im aktuellen Fall (ganz zu schweigen von den unabsehbaren Folgen für die Nahrungskette) zeigt die nur noch mit Größenwahn umschreibbare Selbsteinschätzung der Verantwortlichen, im Krisenfall vier Staaten an einem Tisch zu koordiniertem Vorgehen im erforderlichen Ausmaß heranziehen zu können. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß es mit der Länderumweltschutzminister-Konferenz der CDU-regierten Länder Immerhin fünf Tage dauerte, bis eine erste Koordination auf Ministerebene zustande kam. Abgesehen von der alarmierenden Ignoranz, die hinter diesem Verhalten steckt, läßt es für die Koordination im internationalen Krisenfall nur Ungutes erwarten und kann nur allen Anlaß zur Beunruhigung geben.

Die demgegenüber seit geraumer Zeit hervorragend funktionierende Kooperation namentlich baden-württembergischer Energieversorgungsunternehmen - der Badenwerk AG und der Energieversorgung Schwaben - mit der staatlichen französischen Electricité de France/EdF hat durch die Abnahmegarantie der Badenwerk AG für fünf Prozent des Atomstroms je Block aus Cattenom für dessen Fertigstellung entscheidende Bedeutung. Erweist sich die Atomstromimportpolitik Baden-Württembergs im Rahmen der immer heftiger werdenden Auseinandersetzungen zwischen CDU-Ländern und SPD-Ländern um die Kohlevorrangpolitik bereits als Hebel für die Kernenergie, so wirkt die Abnahmegarantie aus Cattenom und - mehr noch - die von der Bayer AG angestrebte finanzielle Beteiligung an Cattenom als Brechstange der christdemokratischen Nuklear-Fetischisten.

Denn die Bayer AG könnte mit einer solchen Beteiligung erstmals die Netzhoheit eines Energieversorgungsunternehmens - der RWE - durchbrechen und den Atomstromtransport von Cattenom bis in ihre Betriebe erzwingen. Daß Bayer damit die Kilowattstunde für zwei statt nach RWE-Preisen für sieben Pfennig bekommen würde, daß mit Betriebsauslagerungen gedroht wurde und daß Cattenom in Bayer einen weiteren deutschen Abnehmer für den dort erzeugten Strom gefunden hätte, ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere ist die ausschließlich kaufmännische Erhöhung des Kernenergieanteils am deutschen Strommarkt und die damit verbundenen Gefahren für den Kohle-



bergbau, die Gefährdung der heimischen Stromproduktion durch nuklearideologische Dumpingpreise aus Frankreich und schließlich die Ermöglichung der Betriebsaufnahme in Cattenom trotz nicht vorhandenen Energiebedarfs, mit allen Konsequenzen für die betroffene Bevölkerung im Vier-Länder-eck.

Mag nun das Vorgehen der Bayer AG aus betriebswirtschaftlicher Sicht legitim sein, so ist es die fidele Resignation der Bundesregierung in Sachen Atomstromimport in keiner Weise. Sie verweist in diesen Fällen gerne an die Zuständigkeit der Energieversorgungsunternehmen. Nicht sehr viel anders ist es in Bezug auf die Strahlenemission. Die einseitige Erklärung der französischen Regierung, die Strahlenbelastung aus Cattenom auf zwölf Curie pro Jahr zu beschränken, ist nicht nur wegen der äußerst vagen Formulierungen („tatsächlich sollte sie im Normalbetrieb zwölf Curie pro Jahr für das gesamte Kraftwerk von Cattenom nicht erreichen“), sondern auch wegen ihres Charakters - sie ist Bestandteil eines Briefwechsels auf Staatssekretärebene, der als Anlage in die Empfehlungen der Internationalen Moselschutzkommission aufgenommen wurde - höchst unzuverlässig. Die Bundesregierung hält diese Erklärung trotzdem für völkerrechtlich und politisch verbindlich.

Die Werte selbst stellen eine höchst zweifelhafte Angelegenheit dar, da sie im Widerspruch zu den von der französischen Regierung der EDF genehmigten Werten (60 Curie) stehen. Eine Auslastung dieser Werte würde nach Berechnungen des TÜV-Rheinland den deutschen Grenzwert von 30 Millirem als Ganzkörperdosis pro Jahr deutlich überschreiten. Abgesehen davon werden die jetzt zu hektischen Vorsichtsmaßnahmen führenden Meßwerte (zum Beispiel in Darmstadt am 1. Mai 160 Bequerel) in Cattenom mit 444 Bequerel/Kubikmeter in der Luft um mehr als das doppelte überschritten; bei Schnellabschaltungen, wie sie von der Gesellschaft für Reaktorsicherheit auf fünf pro Reaktor und Jahr (das heißt in Cattenom 20) angenommen werden, sogar noch mehr.

Die Bundesregierung hat dazu bisher lediglich auf die französische Erklärung verwiesen, von deren Einhaltung sie ausgehe.

Angesichts dieser Sachlage fordere ich:

- den sofortigen Bau- und Betriebsstopp für Cattenom;
- die Unterbindung der beabsichtigten Atomstromimporte von Bayer und dem Badenwerk, sowie die Unterbindung der gegenwärtig laufenden Atomstromimporte durch die Bundesregierung.

(-/9.5.1986/rs/ks)

Wo bleibt die Weltwirtschaft?

Gipfel von Tokio ohne europäische Perspektive

Von Robert Antretter MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Europa-Kommission der SPD-Bundestagsfraktion

Ronald Reagan ist mit dem Weltwirtschaftsgipfel von Tokio „äußerst zufrieden“. Bundeskanzler Kohl zeigt sich (natürlich) ebenfalls „zufrieden“. Europapolitisch ist zu fragen, worüber freuen sich eigentlich die Herren? Was konkret ist im Interesse einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung für die westlichen Industriestaaten, insbesondere für die Europäische Gemeinschaft, herausgekommen?

Sind etwa die Gefahren eines selbstzerstörerischen Wettbewerbs zwischen einzelnen Volkswirtschaften gebannt und droht jetzt kein Handelskrieg mehr zwischen der EG und den USA? Wenn man die Themen des jüngsten Gipfels betrachtet, wird allerdings rasch deutlich, daß nicht zur Sache, vielmehr lediglich zur Show geredet worden ist. Der vollmundig angekündigte Streit der Europäer mit den Amerikanern wegen deren unverantwortlich hohem Haushaltsdefizit, an dem schließlich die ganze Weltwirtschaft leidet, hat wiederum nicht stattgefunden. Statt dessen wurden zwischen surrenden Kameras protokolllarische Zeremonien nebst obligatem „Damenprogramm“ abgospult.

Dennoch kann zumindest Ronald Reagan zufrieden sein mit der Erklärung der sieben Staaten gegen den internationalen Terrorismus, in der kein anderes Land außer Libyen als Unterstützer des Terrorismus namentlich genannt wird. Außerdem hat Reagan, hier von Margret Thatcher unterstützt, sein Recht auf „einseitige Aktionen“ gegen den internationalen Terror behauptet. Daß die Erklärung der EG-Außenminister zum Libyenkonflikt eine verbale Berücksichtigung fand, während die amerikanische Forderung nach einem Boykott libyschen Öls abgelehnt wurde, ist nur ein schwacher Trost.

Ausgesprochen dünn ist jedoch, was die sieben Staaten zum Reaktorunfall von Tschernobyl zu sagen hatten. Diese Erklärung ist geeignet, von den nuklearen Sicherheitsproblemen, wie es sie auch im Westen gibt, abzulenken. Zwar wird die sowjetische Informationspolitik zu recht kritisiert und ein internationaler Vertrag zur Berichterstattung bei Atomunfällen vorgeschlagen. Die Aussagen gewannen aber sehr an Glaubwürdigkeit, wenn auch die westlichen Informationen über die Gefahr radioaktiver Strahlung ehrlicher als derzeit und weniger halbherzig wären.

Das also waren die Top-Themen des „Gipfels“: Libyen und Tschernobyl. Wo blieb da die Weltwirtschaft? Bei der abschließenden Pressekonferenz nutzten Kohl und Stoltenberg die günstige Gelegenheit, sich selbst wegen des eigenen wirtschaftspolitischen Kurses auf die Schultern zu klopfen. Europäische Perspektiven suchte man dabei vergebens. Wenige Sätze zum Verfall des Dollars - dies war viel zu wenig nach einem „Weltwirtschaftsgipfel“ der den anspruchsvollen Namen wirklich nicht verdient hat.

(-/9.5.1986/rs/ks)



CSU manipuliert die Waldsterben-Statistik

Minister Kiechle hat die Aussagen zu diesem Problem im Agrarbericht frisiert

Von Karl Kißlinger MdB

Mitglied im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Deutschen Bundestages

Wie bei der Arbeitslosenstatistik, so versucht die Bundesregierung nun auch die Waldsterben-Statistik zu manipulieren. Dies ergibt sich aus der Lektüre des unlängst im Plenum des Bundestages diskutierten Agrarberichts 1986.

Allein in Bayern sind 61 von Hundert der gesamten Waldfläche durch Waldsterben geschädigt; 28 von Hundert, also fast 1/3 aller bayerischen Bäume, sind deutlich geschädigt, für die anderen 2/3 ist die Prognose deprimierend negativ.

Die Statistik seines Ministeriums hat nun CSU-Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle frisiert und verschönt. Die politische Konsequenz ist, daß sich auch die zuständigen Bundesminister interessanterweise auch noch von der CSU, nämlich Ignaz Kiechle und Innenminister Friedrich Zimmermann, hinsichtlich der notwendigen Maßnahmen in die eigene Tasche fügen.

Es wird mit dem flüchtigen Leser spekuliert: So spricht der Agrarbericht (Seite 46 oben) davon, daß sich der „Zustand der Wälder im Gebiet zwischen Donau und Alpen sowie im Oberfränkischen Hügelland verbessert“ habe. Auch außerhalb Bayerns werden Schadensrückgänge festgestellt. Tatsächlich sind aber in den Bergen die Schadensausmaße explodiert: „Der Anteil der geschädigten Waldfläche in den Alpen beträgt 78 von Hundert (1984: 62 von Hundert), die mittleren und starken Schäden erreichen sogar einen Anteil von 53 von Hundert (1984: 34 von Hundert).“

Wenn aber trotz Bauerschließungsmaßnahmen, Kahlschlagsaktionen und Durchforstung nach Schadholz 1985 immer noch 61 von Hundert der gesamten Waldfläche in Bayern kranke Bäume aufwies, so offenbart sich die Unseriosität des CSU-Landwirtschaftsministers. Nur so kann er auch begründen, warum man nur in einem Tausendstel der gesamten bundesdeutschen Waldschadensfläche konkrete Maßnahmen gegen das Waldsterben versucht, während die übergroße Anzahl der deutschen Wälder dem Waldsterben untätig ausgesetzt werden.

Die wahren Ursachen - soweit sie heute jedenfalls bekannt sind - werden ignoriert: Die Entstickung der Kraftwerke wird verschleppt, schadstoffarme Autos werden auf dem Papier produziert und die notwendigen Gesetze in „Elefantentreffen“ zerredet.

Unfaßbar ist die Einfältigkeit der zuständigen Staatssekretäre, wie die des Innenstaatssekretärs Franz Kroppenstedt, der, wie auf der CDU-Tagung „Umwelt und Recht“ geäußert, das Waldsterben nur auf „wenige Hochlagen“ in der Bundesrepublik beschränken will.

Die Lüge in den deutschen Amtsstuben ist, daß das feuchte Jahr 1985 das Waldsterben schon Stoppen werde. Tatsächlich gibt es das Waldsterben schon seit 20 Jahren und es weitete sich in den letzten Jahren explosionsartig aus. Wieso ein einziges Regenjahr all diese Entwicklungen aufhalten sollte, kann der Agrarbericht 1986 nicht erklären, auch wenn die wenigen anständigen CSUler bei Petrus ein gutes Wort für das laufende Jahr einlegen sollten. (-/9.5.1986/rs/ks)

\* \* \*



**Albrecht muß vor den Staatsgerichtshof**

**Die Verfassung läßt keinen anderen Umgang mit dem Celler Anschlag zu**

**Von Dr. Werner Holtfort MdL  
Vorsitzender des Republikanischen Anwaltsvereins**

Die Frage, ob ein Regierungschef das Recht hat, ein öffentliches Gebäude zu demolieren, um die Tat dann anderen in die Schuhe zu schieben, hätte nach dem Anschlag auf den Reichssender Gleiwitz Ende August 1939 in der deutschen Politik nie wieder eine Rolle spielen dürfen. Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht hat sie dennoch aufgeworfen. Er will sie sogar zum Thema des Wählervotums am 15. Juni in der Hoffnung machen, die Mehrheit folge noch dem schlimmen Wort „Recht ist, was dem Volke nützt“.

Da kein konstitutioneller Staat eine solche Ideologie hinnehmen kann, ist damit zugleich der Verfassungskonflikt bezeichnet. Wir halten es für abwegig, ihn strafprozessual austragen zu wollen, zumal der niedersächsische Justizminister als Dienstvorgesetzter der Celler Staatsanwaltschaft ihr schon öffentlich die Richtung gewiesen hat: Das Sprengstoffdelikt am 25. Juli 1978 in Celle sei rechtmäßig.

Der Verfassungskonflikt kann ebenso wenig durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß entschieden werden, schon weil er keine Entscheidungsbefugnis hätte. Der einzige rechtliche Weg wird durch Artikel 31 der niedersächsischen Landesverfassung gewiesen. Dieser sieht die Anklage vor dem Staatsgerichtshof vor, habe der Ministerpräsident „in Ausübung des Amtes vorsätzlich die Verfassung oder ein Gesetz verletzt ... erkennt der Staatsgerichtshof im Sinne der Anklage, so kann er das Mitglied der Landesregierung des Amtes für verlustig erklären.“ Hält der Staatsgerichtshof hingegen die Anklage für unberechtigt, so ist Dr. Albrecht damit auch von jedem Vorwurf nach gründlicher gerichtlicher Aufklärung reingewaschen.

Der Antrag auf eine solche Ministeranklage ist von mindestens einem Drittel der Abgeordneten des niedersächsischen Landtages schriftlich beim Landtagspräsidenten einzureichen. Die Parlamentarier müßten dann freilich aus den „Wahlkampfferien“ zur Plenar- und Ausschußarbeit zurückfinden. Um die Anklage zu beschliessen, bedarf es zwei Drittel der Abgeordneten, damit auch Stimmen aus der CDU. Wenn - wie diese Partei behauptet - die bisher dubiosen Einzelheiten des Sprengstoffanschlages auf die JVA in Celle wirklich das Licht gerichtlicher Klärung nicht zu scheuen haben, so müßte die CDU-Fraktion ein großes Interesse haben, der Anklage zuzustimmen. Wer sie verhindern will, setzt sich freilich dem Verdacht aus, die Angelegenheit lieber im Dunkeln lassen zu wollen.

(-/9.5.1986/rs/ks)

